

DEUTSCHE POLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM WINTER 1963/64

Bundeskanzler Prof. *Erhard* hat in den abgelaufenen Wintermonaten Zeit und Gelegenheit gehabt, sich in sein neues Amt einzuleben und sein „image“ aufzubauen. Er hat dies nicht immer mit Glück getan. Zwar konnte die CDU/CSU dank der Regierungsübernahme durch Erhard die Sozialdemokraten für kurze Zeit in der Publikumsgunst überholen, im Januar 1964 lag aber die SPD wieder knapp in Führung vor den Unionsparteien (35 zu 34). Auch hat Erhard in den wenigen Monaten seiner Kanzlerschaft nicht weniger als sieben Striche auf dem Popularitätsbarometer eingeblüht.

Der neue Bundeskanzler hat einen großen Teil seiner Energie bisher auf die Abwehr sozialer Ansprüche verwendet. Im Dezember ließ er es auf eine Kraftprobe mit den Kriegsoffizieren ankommen, die für die Erfüllung des ihnen seit Jahren gegebenen Versprechens auf Erhöhung ihrer Renten demonstrierten und sich nicht mit einer Lösung in zwei Stufen einverstanden erklärten. Erhard machte den psychologischen Fehler, gerade am Widerstand gegen die wirtschaftlich Schwächsten zeigen zu wollen, daß er kein Gummi löwe sei. Dabei strapazierte er wieder die Waffe der Maßhalteappelle: Den Kriegsoffizieren erzählte er, er habe schon seit langem auf die ihm zustehende Rente verzichtet — eine Behauptung, die einige Leute zum Nachforschen reizte und sich dann auch als unrichtig erwies. Erhard riet den Kriegsoffizieren, froh zu sein, daß sie lebendig aus zwei Kriegen heimgekommen seien, und er malte das Gespenst der Inflation an die Wand — für 200 Millionen DM oder 33 Pfennig je 100 DM Bundeshaushaltssumme! Schließlich aber machte er seinen Widerstand und seine Argumente selbst unglaubwürdig, indem er am Ende eines Interviews im Fernsehen müde und resignierend auf eine entsprechende Frage antwortete: Wenn die Mehrheit des Bundestages eine günstigere Regelung der Kriegsoffizerrenten beschließen, dann werde er sich dem fügen.

Duldung und Begünstigung des Preisanstiegs

Sicher nicht aus tiefster Überzeugung, wohl aber in dem Bestreben, den Weg des gering-

sten innerpolitischen Widerstandes zu gehen, hat der neue Kanzler sich in Schwierigkeiten mit den EWG-Partnern eingelassen. Es ging u. a. um den Termin des Inkrafttretens der gemeinsamen Marktorganisation für Milchzeugnisse, Rindfleisch und Reis, dessen Einhaltung die Bauernorganisationen der Bundesrepublik zu verhindern suchten. Die Fleischpreise sind im Zeitraum eines Jahres in der Bundesrepublik um eine D-Mark und mehr je Pfund gestiegen. Erhard und seine Regierung haben nichts dagegen unternommen. Im Gegenteil, die einseitige Belastung der Konsumenten ist von ihnen eher gefördert worden.

Als im Januar das Eierangebot sehr groß wurde und die Preise zu fallen drohten, sperrte die Bundesregierung kurzerhand die Eiereinfuhr. Das Verbot mußte, da es den EWG-Bestimmungen widerspricht, zwar rückgängig gemacht werden, doch trat der Widerruf, da der „Bundesanzeiger“ erst am Aschermittwoch wieder herauskam, mit Verspätung in Kraft. Die preispolitischen Bemühungen der Regierung im Interesse der Verbraucher gehen bis jetzt in eine rein optische Richtung. Bundeswirtschaftsminister *Schmücker* will verschärfte Vorschriften für die Preisauszeichnung der Waren erwirken.

Man wird Erhard freilich zugute halten können, daß er zu den verschiedenen inneren Schwierigkeiten in seiner Partei nicht auch noch einen Konflikt mit den landwirtschaftlichen Kreisen heraufbeschwören möchte. Von der außenpolitischen Geschlossenheit, die unter *Adenauer* die große Stärke der CDU/CSU war, ist immer weniger zu verspüren. Die ideologisch nicht belastete, realistische und auf der amerikanischen Linie liegende Politik von Außenminister *Schröder* wird zwar von den Freien Demokraten und in vieler Hinsicht auch von den Sozialdemokraten gebilligt, dafür aber von immer weniger Abgeordneten der CDU/CSU. Relativ wenig Widerspruch finden dabei noch die anhaltenden Bemühungen Schröders um die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ostblockstaaten, die gute Fortschritte machen und zu Abmachungen mit den meisten von ihnen über den Austausch von Handelsmissionen geführt haben.

Das Passierscheinabkommen

Viel umstrittener ist die Lösung des Problems der Passierscheine zum Besuch von Westberlinern bei ihren Verwandten in Ostberlin. Die geschickte Art, wie dieses menschliche Problem für die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage vom Berliner Senat gelöst wurde, ohne daß dabei politische Grundsätze über Bord geworfen worden wären, hat dem Regierenden Bürgermeister *Willy Brandt* und

seiner Partei in Berlin eine Quote der Publikumsgunst gebracht, die in dieser Höhe zuvor noch nicht erreicht worden ist. Die Gegner des Abkommens in der CDU/CSU konnten angesichts der emotionalen Situation nicht wagen, in den Feiertagen dagegen Stellung zu beziehen. Die sarkastische Bemerkung des CDU-Abgeordneten und früheren Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Dr. *Barzel*, die Berliner nähmen die Sicherheit von den Amerikanern, das Geld von Bonn und die Passierscheine vom Osten, erregte beträchtliche Erbitterung.

Darüber, daß es sich bei dem Passierscheinabkommen um ein riskantes Unternehmen mit möglicherweise weittragenden politischen Folgen handelte, kann es keinen Zweifel geben, hat doch die DDR-Regierung zunächst versucht, das Abkommen in Form eines Staatsvertrages mit der Stadt Westberlin zu schließen und dadurch die längst erstrebte Anerkennung der DDR als zweiten und Westberlins als dritten deutschen Staat zu erreichen. Der Berliner Senat hat das, dabei in allen Phasen von Bonn beraten und unterstützt, vermeiden können. Aber auch die Bonner Unterstützung bewahrte ihn nach Abschluß der Aktion nicht vor herber Kritik, besonders als die Frage weiterer Verhandlungen über Abmachungen ähnlicher Art für die Zukunft akut wurde. Von den Freien Demokraten war es besonders *Thomas Dehler*, der dem Berliner Senat mit der Erklärung beisprang, das Passierscheinabkommen sei ein moralischer Erfolg, und damit gleichzeitig den Pfeil gegen die CDU abschöß: mit *Lemmer* und *Barzel* hätte es keine Passierscheine für die Berliner gegeben.

Weit vorgewagt hat sich Bundesjustizminister Dr. *Bucher*, als er einem Berliner Zeitungskorrespondenten in einem Telefongespräch andeutete, man könne Pankow für die Genehmigung von Verwandtenbesuchen aus der Zone und Ostberlin in Westberlin vielleicht dadurch gewinnen, daß der Berliner Senat die Gewähr dafür übernehme, daß die Betroffenen den Besuch in Westberlin nicht zur Flucht nach Westdeutschland benutzen; mit anderen Worten: man sollte keine Flugkarten an Personen aus Ostberlin und der Zone in Westberlin verkaufen. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine heftige Debatte über die Frage des Asylrechts und der Asylpflicht, die wohl nicht ganz den Kern der Sache traf. Bei aller Anerkennung für Buchers Unvoreingenommenheit muß man doch sagen, daß seine Bemerkung wohl nicht genug durchdacht war. Amtliche Zusagen wie die von ihm gemeinten scheitern, von allen anderen Erwägungen abgesehen, einfach an der Tatsache, daß sie in einer Demokratie aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht eingehalten werden können.

Der Fall Hans Krüger

Schwierigkeiten sind dem Bundeskanzler vor allen Dingen von zwei aus seiner eigenen Partei kommenden Ministern bereitet worden. Der Vertriebenenminister *Hans Krüger* bescherte ihm einen „Fall *Oberländer* Nr. 2“, und wieder war es das Sowjetzonenregime, welches das dokumentarische Material lieferte. Am 6. Dezember teilte der SED-Propagandachef *Norden* der Presse mit, *Krüger* habe der NSDAP und sieben ihrer Gliederungen angehört, sei auch Ortsgruppenleiter der Partei sowie Beisitzer eines NS-Sondergerichts gewesen und habe als solcher an Todesurteilen gegen Polen mitgewirkt. Auch legte *Norden* einen Fragebogen aus der NS-Zeit vor, auf dem *Krüger* sich der Teilnahme am Marsch auf die Feldherrnhalle gerühmt hatte; offenbar der Wahrheit zuwider, aber um schneller voranzukommen.

Krüger leugnete zunächst alle diese Behauptungen bis auf Parteimitgliedschaft und kurze Ortsgruppenleitertätigkeit. Als sich aber dann die Wahrheit der Vorwürfe herausstellte, versuchte er sein Leugnen damit zu entschuldigen, er habe einfach seine Linie durchhalten müssen. Er beantragte seine Beurlaubung, verließ sein Amt und wurde schon bald darauf, nachdem eine Nachprüfung die Richtigkeit der Vorwürfe ergeben hatte, aus dem Amt entlassen. Wenn man dem Bundeskanzler auch nicht den Vorwurf ersparen kann, bei der Berufung *Krügers* ins Bundeskabinett dessen politische Vergangenheit nicht genügend geprüft zu haben, so muß man doch anerkennen, daß er den Fall *Krüger*, als er offenbar wurde, bemerkenswert schnell und entschlossen erledigte — ganz im Gegensatz zu der Art und Weise, wie sein Vorgänger *Adenauer* die Fälle *Oberländer* und *Globke* zur Qual aller Demokraten und zum Schaden des jungen Staates verschleppte. Auf Veranlassung des *Bundespräsidenten* wurde sogar die übliche Dankformel aus der Entlassungsurkunde für *Krüger* gestrichen. Hoffentlich ist dieser Fall für Bonn endlich Veranlassung, das Sowjetzonenregime aufzufordern, alles in seinem Besitz befindliche belastende Material auf den Tisch zu legen, denn nur so können solche Explosionen mit politischem Zeitzunder vermieden werden.

Das Trauerspiel um Höcherl

Hat *Erhard* sich von *Krüger* wenigstens schnell lösen können, so scheint er die Belastung, die der Innenminister *Höcherl* für sein Kabinett darstellt, zunächst weitertragen zu wollen. Allerdings geht es hier, wenigstens soweit *Höcherl* persönlich in Frage kommt, nicht um die politische Vergangenheit, sondern um die Gegenwart. *Höcherl* hat sich in der Angelegenheit der illegalen Telefonüberwa-

chung durch den Verfassungsschutz, von der er anfänglich offensichtlich nichts gewußt hat, immer mehr verstrickt. Er hat sich dadurch beinahe zum Repräsentanten des staatsräsonablen Satzes vom Zweck, der die Mittel heilige, gemacht. Ist schon in der „*Spiegel*“-Affäre seine Redensart „Etwas außerhalb der Legalität“ zum geflügelten Wort geworden, so wird seine Einstellung zur Telefonüberwachung durch das nicht minder geflügelt gewordene Wort von den Verfassungsschutzbeamten gekennzeichnet, die nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen könnten. Besonders erstaunlich für einen Mann, der im zivilen Beruf Richter war! Obendrein hat Höcherl versucht, sich die Dornenkrone des Märtyrers aufs Haupt zu drücken. („Die Untersuchung ist nur ein Strafgericht gegen einen renitenten Innenminister.“)

Der Bundestagsausschuß zur Untersuchung der Telefonüberwachungsaffäre hat von Anfang an unter einem höchst bedenklichen Druck gestanden. Sein Start wurde aus dem Kreis der Betroffenen mit der drohenden Devisen begleitet, die Ausschußmitglieder müßten behutsam vorgehen, um sich nicht selbst nach den Landesverrats- und Geheimnisbestimmungen strafbar zu machen. Dann kam die Ankündigung der Bundesanwaltschaft, daß gegen einen der Informanten des Ausschusses, den ehemaligen Verfassungsschutzangestellten *Paetsch*, ein Verfahren wegen Geheimnisbruchs und Landesverrats eingeleitet worden sei — eine Ankündigung, von der man nicht recht weiß, was man von ihr halten soll. Denn nach ihr scheint sich die Rechtsauffassung des Bundesgerichtshofs oder mindestens ihrer Staatsanwaltschaft zu der alten Reichsgerichtstheorie zurückentwickelt zu haben, daß die gesetz- und verfassungswidrige Behördentat sehr wohl Gegenstand eines strafrechtlich geschützten Staatsgeheimnisses sein könne — eine Auffassung, der z. B. *Carl von Ossietzky* zum Opfer gefallen ist, die aber seit 1945 überwunden schien.

Hinter den Alliierten versteckt

Die Krone setzte der Bundesinnenminister seinem Verhalten in der Telefonaffäre Ende Januar mit der durch sein Ministerium verbreiteten Behauptung auf, die Alliierten hätten Bedenken gegen die Tätigkeit des Bundestagsausschusses angemeldet. Der britische und der amerikanische Botschafter in Bonn stellten prompt fest, es habe keinen alliierten Protest gegen den Bundestagsausschuß gegeben. In der Tat betrafen die vertraulichen Hinweise der britischen und amerikanischen Diplomaten in Bonn nicht den Ausschuß, sondern das Innenministerium. Der Ausschußvorsitzende *Schmitt-Vockenhausen* (SPD) erklärte, die Tatsache, daß das Bundesinnenministerium hier Nebel erzeugt habe, könne nicht

ohne Folgen bleiben. Das wurde von manchen als die Forderung nach dem Rücktritt des Ministers aufgefaßt. Mindestens aber waren der Staatssekretär des Innenministeriums, *Hölzl*, der für den Verfassungsschutz zuständige Ministerialdirektor *Toyka* (auch in der „*Spiegel*“-AS'ire hervorgetreten) und der Leiter des Verfassungsschutzamtes, *Schrübbbers*, gemeint.

Berücksichtigt man aber, daß der Minister selbst gegenüber dem Parlament biedermännisch versichert hatte, in der Bundesrepublik würden keine Telefone abgehört, daß er später gestand, es würde abgehört, aber nur ein ganz klein wenig und nach strengen Vorschriften — was schnell durch die Feststellung erledigt wurde, daß sogar Sekretärinnen alliierte Telefonüberwachungen auslösen konnten —, daß er ständig die Öffentlichkeit und den Ausschuß irrezuführen versucht hat, so hätte Erhard seinen Innenminister längst in die Wüste schicken müssen. Wenn er es nicht tat, so in erster Linie aus Rücksicht auf den ohnehin schwierigen Koalitionspartner CSU, der die Affäre Höcherl ebensowenig wie die Affäre *Strauß* als Grundsatzfrage des politischen Anstandes und der Sauberkeit, sondern nur als eine Angelegenheit lyrischer Solidarität zu betrachten bereit ist.

Strauß hat als Fraktions- und Landesvorsitzender der CSU der Politik der Bundesregierung schon genug Schwierigkeiten gemacht, nicht nur der Schröderschen Außenpolitik. Seine Frontstellung gegen die Erhard'sche Haltung in der Kriegsopferfrage war sicher nicht von sozialpolitischen Emotionen, sondern, von dem Bestreben diktiert, sich die Gunst der Soldatenverbände zu erwerben. Oberhaupt scheint er auf lange Frist die Bildung und Führung einer großen nationalen Partei anzustreben, wie sein Angebot an die Gesamtdeutsche Partei, unter dem Motto „Zusammenfassung aller nichtsozialistischen Kräfte in Bayern“ eng mit der CSU zusammenzuarbeiten, deutlich zeigt. *Strauß* ist dabei vorwiegend bei den stark rechtsgerichteten und während der NS-Zeit besonders im Sudetenland exponierten Persönlichkeiten auf Gegenliebe gestoßen, die selbst schon vor einigen Jahren — damals allerdings vergeblich — versucht hatten, den Niedergang des BHE durch die Bildung einer nationalen Dachorganisation aufzufangen.

Noch nicht geklärt ist für die CDU die Frage des Parteivorsitzes. Während es zunächst so schien, als ob *Konrad Adenauer* wenigstens den Vorsitz der Partei behalten würde, hat er inzwischen erklärt, er wolle auf dem Parteitag in Hannover 1964 nicht mehr für diesen Posten kandidieren. Die Frage der Nachfolge ist um so ungeklärter, als einer der ursprünglichen Nachfolgekandidaten, *Dufhues*, in seiner zweijährigen Tätigkeit als Geschäftsführender Vorsitzender der Partei die

Hoffnung all derer nicht erfüllt hat, die eine Straffung der Partei und Erfolge in der Mitgliederwerbung von ihm erwartet hatten.

Trotz aller Drohungen und Beschwörungen haben die Spannungen der CDU mit dem Koalitionspartner FDP nicht aufgehört. Hier war es nicht nur das Sozialpaket, dessen Aufschürfung die CDU nicht gestatten wollte und für das sie vergebens die uneingeschränkte Zustimmung der FDP forderte. Die Unionsparteien erregten sich besonders über pointierte Äußerungen prominenter Freidemokraten zur Deutschland-, Berlin- und Außenpolitik. Vor allem hatte es ihnen wieder *Thomas Dehler* angetan, dessen Äußerung, die deutsche Wiedervereinigung werde so lange nicht kommen, als die Bundesrepublik und die Sowjetzone zwei verschiedenen Militärblöcken angehörten, sie in die Forderung Dehlers umfälschten, die Bundesrepublik solle sofort aus der NATO ausscheiden. Neben Dehler war es diesmal der Bundesjustizminister *Bucher*, der mit seiner oben erwähnten Erklärung zur Frage des Asyls für Mitteldeutsche viel Staub bei der CDU/CSU aufwirbelte und von einigen Übereifrigen sogar schon als nicht mehr ministerfähig erklärt wurde.

Die SPD nach Ollenbauers Tod

Die Sozialdemokraten führen, wie eingangs schon erwähnt, in der Publikumsgunst wieder knapp vor den Unionsparteien. Der Tod ihres Ersten Vorsitzenden, des immer ausgleichenden und auch bei seinen Gegnern beliebten *Erich Ollenhauer*, hat eine schmerzliche Lücke gerissen. Jedoch hat das schnelle und energische Handeln des Triumvirats *Brandt/Wehner/Erler*, so sehr es hier und da als Vorwegnahme der Mitgliederentscheidung getadelt wurde, stabilisierend gewirkt. Die Tatsache, daß es keine Nachfolgekämpfe, sondern schon wenige Tage nach Ollenhauers Tod eine klare Entscheidung des Parteivorstandes gab, hat der Partei sehr genützt.

Auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg am 15. und 16. Februar 1964 wurden denn auch mit imponierender Geschlossenheit Willy Brandt zum Vorsitzenden der SPD, Fritz Erler und Herbert Wehner zu seinen Stellvertretern gewählt.

Diskussion um den Bundespräsidenten

Mit der Nominierung Willy Brandts als sozialdemokratischer Parteivorsitzender ist der bereits vor Ollenhauers Tod von dem SPD-Abgeordneten *Lohmar* lancierte Vorschlag, Willy Brandt solle für den Posten des Bundespräsidenten kandidieren (womit seine Kanzlerkandidatur fortgefallen wäre), vollends gegenstandslos geworden. Dafür hat es andere Kombinationen für den Präsidenten-

posten gegeben. Je geringer die Lust innerhalb der CDU/CSU zu sein schien, *Heinrich Lübke* noch einmal zu nominieren, um so stärker ließen prominente Sozialdemokraten verlauten, sie seien für eine Wiederwahl Lübkes. Hier hat sicher der Umstand eine Rolle gespielt, daß Lübke als Befürworter einer großen Koalition hervorgetreten ist, auf die vor allem die Sozialdemokraten um *Herbert Wehner* bei entsprechender Konstellation nach der Bundestagswahl 1965 hinstreben. Auch ist ihnen der sicher nicht sehr gewandte, wohl aber recht eigenwillige Heinrich Lübke als nächster Bundespräsident lieber als der Adenauer-Intimus *Krone*.

Es gibt freilich auch andere Meinungen in der SPD über den nächsten Bundespräsidenten. Manche Sozialdemokraten meinen, die Partei solle, unabhängig von den Erfolgsaussichten, einen eigenen Kandidaten, etwa ein zweites Mal *Carlo Schmid*, aufstellen. Sie rechnen dabei auf eine offene oder stillschweigende Unterstützung durch eine ausreichende Zahl von Freien Demokraten. Auch eine Kandidatur *Thomas Dehler*, als Gemeinschaftskandidat von FDP und SPD, war angeregt worden. Allerdings sind es gerade die Freunde Dehlers in allen Teilen des Volkes, die diesen unabhängigen und nonkonformistischen Mann nicht auf dem — zu gesetztem Verhalten verpflichtenden — Präsidentenposten sehen, sondern viel lieber weiter als das Salz in der demokratischen Suppe wirken lassen möchten. Ebenso wenig Aussichten dürfte die Kandidatur eines parteilich nicht gebundenen Mannes, wie etwa des Professors *von Weizsäcker*, haben, die ebenfalls in die öffentliche Debatte geworfen worden ist.

So sehr der größte Teil der FDP-Fraktion des Bundestages nach wie vor für eine Koalition mit der CDU/CSU ist, so hat sowohl in der Passierscheinfrage wie in der Diskussion über den Bundespräsidenten die Berliner FDP zu erkennen gegeben, daß sie auf Grund ihrer guten Koalitionserfahrungen mit der SPD in Berlin auch im Bund eine Zusammenarbeit von Sozialisten und Liberalen anstrebt.

Auschwitz und Nagold

In den Berichtszeitraum fiel die Eröffnung des großen Auschwitzprozesses in Frankfurt, in dem sich zahlreiche Mitglieder des Lagerpersonals nach 20 und mehr Jahren zu verantworten haben. Das für den Besucher des Prozesses Frappierendste ist, daß sich unter den Angeklagten kaum einer befindet, der etwa wie Lombrosos „geborener Verbrecher“ aussieht, sondern daß diese ehemaligen SS-Männer, von denen einige viele Menschen auf dem Gewissen und schwerste Mißhandlungen begangen haben, heute wie harmlose, friedliche Bürger wirken. Dabei ist erschütternd zu be-

obachten, wie sie fast alle, obwohl sie ihre Schuld leugnen, in ihrer Ausdrucksweise und ihren Lokalschilderungen noch ganz in den zwanzig Jahre zurückliegenden grausigen Verhältnissen leben. Mit einer oder zwei löblichen Ausnahmen haben alle ihre Schuld längst verdrängt.

Das Bemühen des Frankfurter Gerichts und der Staatsanwaltschaft, Licht in das schreckliche Dunkel von Auschwitz zu bringen, ist unverkennbar. Man würde freilich übertreiben, wollte man behaupten, die Anteilnahme der Bevölkerung an dem Prozeß sei groß oder auch nur angemessen. Stärker war schon das Interesse für die Prozesse gegen Offiziere und Unteroffiziere, die sich als Rekrutenschinder strafbar gemacht haben, besonders gegen die

Unteroffiziere der inzwischen aufgelösten Fallschirmjägereinheit von Nagold. Wenn auch in der Quantität kein Vergleich zwischen Auschwitz und Nagold möglich ist, so spielen doch auch in den Soldatenschinderprozessen Menschenwürde und Befehlsproblematik eine entscheidende Rolle. Die betreffenden Prozesse haben jedenfalls gezeigt, daß mancherorts in der Bundeswehr nicht viel von den Lehren der inneren Führung übriggeblieben, sondern der alte Kommißgeist unseligen Angedenkens eingezogen ist. Hier liegen ernste Aufgaben für die Bundeswehrführung und für den Wehrbeauftragten des Bundestages, den freilich seine eigene Partei, die CDU/CSU, vorläufig nicht vor dem Parlament zu Wort kommen lassen möchte.

Dr. Hans Henrich